

KONSUMKREDITE – Die meisten jungen Erwachsenen können gut mit Geld umgehen. Dennoch wollen National- und Ständerat – entgegen ihren Kommissionen – ein Werbeverbot für Konsumkredite.

Einmal mehr: Verbot soll's richten

Jugendliche und junge Erwachsene gehen im Allgemeinen verantwortungsbewusst und kontrolliert mit Geld um. Dies das Resultat einer Studie im Auftrag des Bundesamts für Justiz (vgl. Kasten). Dennoch finden sich auf dem Politparkett – und insbesondere an dessen linkem Rand – immer wieder Parlamentarier, welche die Problematik privater Schulden zu einem generellen Problem emporstilisieren und tun, was sie in ähnlichen Fällen immer tun: Sie rufen nach einem Verbot.

So auch die Waadtländer SP-Nationalrätin Josiane Aubert. Mit einer parlamentarischen Initiative verlangt sie ein Werbeverbot für Kleinkredite. Insbesondere für junge Erwachsene, so Aubert, sei ein Abgleiten in die Verschuldung Teil eines «Teufelskreises», der direkt in die Armut führe. Der Nationalrat hat die Initiative im vergangenen September gegen den Willen der Mehrheit seiner Kommission mit 93 zu 73 Stimmen überwiesen. Kurz vor Weihnachten tat es ihm die kleine Kammer gleich: Der Ständerat überwies die Initiative – ebenfalls gegen den Willen seiner vorberatenden Kommission – knapp mit 19 zu 17 Stimmen. Der Bundesrat hatte die Annahme der Motion beantragt.

Appell an Eigenverantwortung

Die Mehrheit der nationalrätlichen Kommission für Wirtschaft und Abgaben (WAK-NR) stellte sich also vergeblich gegen ein Werbeverbot für Konsumkredite. Zwar sei die Privatverschuldung – insbesondere bei jun-

gen Erwachsenen – nicht nur ein privates Problem, wurde anerkannt. Schulden entstünden aber nicht nur aufgrund von Konsumkrediten, sie hätten verschiedene Ursachen. Eine so drastische Massnahme wie ein Verbot der Werbung für Konsumkredite sei daher «problematisch und wenig effizient». Zudem wären Abgrenzungsschwierigkeiten gegenüber der Werbung für Leasinggeschäfte oder Angeboten für Ratenzahlungen unvermeidbar. Und schliesslich sei Werbung nötig, um Transparenz und einen «gesunden Wettbewerb» sicherzustellen. Die WAK-NR appellierte an die Eigenverantwortung der Konsumenten, gegenüber jeglicher Form von Werbung kritisch zu sein.

Weichen Richtung Prävention

Die Schweiz verfügt heute über eines der strengsten Konsumkreditgesetze in Europa. Konsumenten müssen in der Lage sein, sämtliche offene Konsumkreditschulden innert dreier Jahre zu amortisieren. Nach dem Gesetz über den unlauteren Wettbewerb sollten Missbräuche theoretisch ausgeschlossen sein. So muss der effektive Jahreszins eines Kredits angegeben werden, die Gesamtkosten müssen ersichtlich sein und die Kreditvergabe ist verboten, falls sie zu einer Überschuldung der Konsumenten führt. Der Schaffhauser SVP-Ständerat Hannes Germann erinnerte in der kleinen Kammer daran, dass sich in der Sache bereits eine parlamentarische Initiative «Prävention der Jugendver-



Die «Generation Smartphone» hat in Geldfragen meist den Durchblick: Sie geht im Allgemeinen verantwortungsbewusst mit den Verlockungen der Konsumgesellschaft um.

schulung» und eine Motion der WAK-NR «Erhebung von Zahlen zur Privatverschuldung» in der Pipeline befinden. Die Weichen seien also bereits Richtung Prävention gestellt. Darum brauche es nicht auch noch ein Werbeverbot.

«Typische Alibiübung»

Ständerat Filippo Lombardi (CVP/TI) pflichtete Germann bei. Als Präsident von Schweizer Werbung betraute er die freie kommerzielle Kommunika-

tion als Bestandteil der freien Kommunikation insgesamt, so Lombardi. Ein Werbeverbot sei eine «typische Alibiübung» der Politik: «Wenn man nicht in der Lage ist, ein Problem anzupacken oder zu lösen, sagt man: Machen wir mal ein Werbeverbot!» Damit werde das eigene Gewissen beruhigt, ohne das Problem zu lösen, indem gesagt werde: «Wenigstens werden wir diese Werbung nicht mehr sehen.» Im Internet-Zeitalter seien Werbeverbote zudem immer weniger wirksam, zeigte sich Lombardi überzeugt.

Weniger Kredite, mehr Leasing

Tatsächlich waren die Konsumkredite im Jahr 2010 leicht rückläufig, während das Leasinggeschäft zugenommen hat. Laut der Zentralstelle für Kreditinformation (ZEK) betrug das Volumen der ausstehenden Konsumkreditverträge per Ende 2010 insgesamt 7,827 Milliarden Franken (Vorjahr 8,136 Milliarden), was einem Rückgang von 3,8 Prozent entspricht. Die Anzahl laufender Konsumkredite nahm um 2,5 Prozent auf rund 463 000 Verträge ab (Vorjahr rund 475 000). Die Anzahl Leasingverträge sowie das ausstehende Leasingvolumen per Ende 2010 haben hingegen gemäss ZEK zugenommen: Die registrierten

Leasingverträge um 4,7 Prozent auf rund 466 000 Verträge und das Volumen um 3,1 Prozent auf rund 7,477 Milliarden Franken. Interessant ist zudem die Konstanz, mit der Geldsuchende mit einem abschlägigen Bescheid rechnen müssen: Im Jahr 2010 wurden insgesamt 32,9 Prozent aller Anträge abgelehnt, im Jahr zuvor waren es 33,7 Prozent. Bei Erstkrediten beträgt die Ablehnungsquote sogar mehr als 50 Prozent.

«Kredittourismus» verhindern

Aus genannten Gründen spricht sich der Schweizerische Gewerbeverband sgw klar gegen ein Werbeverbot für Kleinkredite aus. «Ein solches Verbot stellt einen massiven Einschnitt in die von der Verfassung garantierte Wirtschaftsfreiheit dar», sagt der zuständige sgw-Ressortleiter Dieter Kläy. Konsumkredite seien ein Produkt wie andere auch – «wenn man es für schädlich befindet, dann müsste man das Produkt ganz verbieten und nicht bloss die Werbung dafür.» Und weil das grenznahe Ausland das Kreditwesen deutlich weniger streng regle als die Schweiz, befürchtet Kläy gar einen möglichen «Kredittourismus» im Falle eines Schweizer Totalverbots der Werbung für Konsumkredite.

Gerhard Enggist

ROBERT SIMMEN – Bei den Konsumenten besteht ein Bedürfnis nach Konsumkrediten, weiss der Geschäftsführer des Verbands Schweizerischer Kreditbanken und Finanzierungsinstitute VSKF.

«Verbot schießt am Ziel vorbei»

Jurist Robert Simmen ist Geschäftsführer des im Jahre 1945 gegründeten Verbands Schweizerischer Kreditbanken und Finanzierungsinstitute VSKF. Der Verband vereinigt als Branchenorganisation namhafte Banken und Finanzierungsinstitute, die im Konsumkredit- und Leasinggeschäft tätig sind.

Gewerbezeitung: In der Schweiz bekommt jeder Dritte, der einen Kredit möchte, diesen nicht. Erstkredite werden gar zu mehr als der Hälfte abgelehnt. Warum diese Strenge der Kreditgeber?

■ **Robert Simmen:** Das Konsumkreditgesetz schreibt eine äusserst strenge Kreditfähigkeitsprüfung vor: Konsumkredite dürfen nur an Personen vergeben werden, die diese innert 36 Monaten aus ihrem das Existenzminimum übersteigenden Einkommen zurückzahlen können. Abgesehen von dieser Gesetzesvorschrift haben die Konsumkreditinstitute im Hinblick auf die Vermeidung von Kreditverlusten selbstverständlich auch ein sehr erhebliches Eigeninteresse, Kredite nur an kreditfähige Personen zu vergeben.

Im Jahr 2010 mussten durchschnittlich nur gerade 0,21 Prozent der Konsumkreditanträge auf dem Betreuungsweg eingefordert werden. Das lässt auf eine gute Zahlungsmoral schliessen...



«Ein totales Verbot der Konsumkreditwerbung wäre mit Sicherheit verfassungswidrig», ist Jurist Robert Simmen überzeugt.

■ In der Tat sind Betreibungen für Konsumkreditraten nur in den seltensten Fällen notwendig. Das ist die Folge der vorher erwähnten strengen Kreditfähigkeitsprüfung. Darum schießt ein Verbot der Werbung für Konsumkredite am Ziel vorbei. Wenn in Ausnahmefällen Probleme entstehen, sind diese auf eine Veränderung der persönlichen Situation des Schuldners durch Ehescheidung, Trennung, Arbeitsplatzverlust etc. zurückzuführen. In solchen Fällen versuchen die Konsumkreditinstitute selbstverständlich, mit dem betref-

fenden Schuldner durch Umschuldung oder teilweisen Forderungsverzicht eine tragbare Lösung zu finden.

Sie bezeichnen ein Werbeverbot für Kleinkredite als wirtschaftsfeindlich. Weshalb?

■ Es gehört zur verfassungsrechtlich garantierten Wirtschaftsfreiheit, die eigenen Produkte nicht nur vertreten, sondern für diese auch Werbung betreiben zu können. Ein totales Verbot der Konsumkreditwerbung wäre mit Sicherheit verfassungswidrig.

Ratenzahlungen sind beliebt und allgegenwärtig. Wie geht es nach einem allfälligen Ja zu einem Werbeverbot für Konsumkredite damit weiter?

■ Bei den Konsumenten besteht ein offensichtliches Bedürfnis nach Konsumkrediten. Die Konsumkreditinstitute werden sich weiterhin bemühen, dieses Konsumentenbedürfnis auf optimale Weise zu befriedigen.

Und wie sähe es beim Leasing aus?

■ Auch das Leasing fällt von Gesetzes wegen unter den Begriff des Konsumkredit. Es ist also davon auszugehen, dass ein Werbeverbot für Konsumkredite auch die Leasingwerbung verunmöglichen würde.

Interview: Gerhard Enggist

LINK
www.vskf.org

AKTUELLE ZAHLEN

62 Prozent schuldenfrei

38 Prozent der 18- bis 24-jährigen Deutschschweizer haben Geldschulden. Bloss vier Prozent bei Kreditinstituten. Interessant ist die Ergebnisse einer repräsentativen Internetbefragung der Fachhochschule Nordwestschweiz im Auftrag des Bundesamts für Justiz bei 500 Personen im Alter von 18 bis 24 Jahren in der Deutschschweiz: Fast zwei Drittel (62 Prozent) von ihnen haben keine Geldschulden. Bloss gerade vier Prozent haben Schulden bei Kreditinstituten. Gläubiger sind in erster Linie die Eltern.

Die Ergebnisse im Einzelnen:
■ 38 Prozent der 18- bis 24-jährigen in der Deutschschweiz haben offene Geldverpflichtungen. Darunter fallen informelle Geldschulden bei Familie und Freunden, formelle Schulden bei Kreditinstituten, offene und

bereits gemachte Rechnungen, Leasing- und Abzahlungsverträge.

- Knapp 30 Prozent haben informelle Geldschulden bei Familie oder Freunden.
- Gläubiger sind in erster Linie die Eltern.
- Knapp vier Prozent haben Schulden bei Kreditinstituten.
- Acht Prozent haben offene und bereits gemachte Rechnungen.
- Elf Prozent haben Leasing- und Abzahlungsverträge.
- Drei Prozent wurden ein- oder mehrmals betrogen.
- Die Hälfte der Verschuldeten hat weniger als 1000 Franken Gesamtschulden. Der Durchschnittsbetrag beträgt rund 770 Franken.
- Rund jede zehnte 18- bis 24-jährige Person in der Deutschschweiz hat Schulden von mehr als 2000 Franken.
- Bei rund jeder siebten Person sind die Schulden höher als die monatlichen Einnahmen.